

„MEDIALER KOLLATERALSCHADEN“

WAS DIE „NEWS OF THE WORLD-AFFÄRE“ FÜR DEN KAMPF UM DIE PRESSEFREIHEIT IN ASIEN BEDEUTET

Paul Linnarz

Eine beispiellose Abhöraffaire zeitigte im Juli das jähe Ende der britischen Tageszeitung *News of the World*. Der Medienmogul Rupert Murdoch, zu dessen Konzern News Corporation das Boulevardblatt gehörte, musste sich zu seiner Rolle in dem Skandal vor dem britischen Parlament äußern und Premierminister David Cameron geriet unter massiven politischen Druck. Weltweit sorgten die Abhörpraktiken der Zeitung für Empörung. Besonders lautstark meldeten sich die Länder zu Wort, in denen die Medien streng kontrolliert werden. Allen voran China sieht sich in seiner Haltung zur Pressefreiheit bestätigt und wirft den westlichen Medien Scheinheiligkeit vor. In den asiatischen Onlinemedien und Blogs finden Forderungen nach mehr Regulierung aber kein Gehör.



Paul Linnarz leitet das Medienprogramm Asien der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Singapur.

DAS ENDE VON „THE WORLD’S GREATEST NEWSPAPER“

Die Medienbranche findet für jedes Jahr einen Namen: 2009 war während der globalen Finanzkrise das Jahr des „großen Zeitungssterbens“. 2010 gilt dank der massenweisen Verbreitung des iPad von Apple als das „Tablet-Jahr“. Und 2011 dürfte im Rückblick wohl das „Hackgate-Jahr“ getauft werden.

Die sperrige Wortschöpfung ist von „Watergate“ abgeleitet und steht für den Skandal um *News of the World*. Über Jahre hinweg sollen Mitarbeiter des Blattes die Telefone und Mailboxen von mehreren tausend Menschen „gehackt“, also angezapft haben. Die Vorwürfe reichen bis ins Jahr 2006 zurück. Erst Anfang Juli kochte die Affäre aber so richtig hoch, nachdem bekannt wurde, dass sich *News of the World* auch den Zugang zum Mobiltelefon der

britischen Schülerin Milly Dowler verschafft hatte. Das Mädchen war zu dem Zeitpunkt verschwunden und wurde später ermordet aufgefunden. Darüber hinaus soll das Blatt die Angehörigen einiger britischer Soldaten abgehört haben, die im Irak und in Afghanistan getötet wurden.

Enge Vertraute von Rupert Murdoch, darunter die Chefin von *News International*, Rebecca Brooks, werden im Juli wegen ihrer möglichen Mitschuld an der Abhöraffaire vorübergehend festgenommen. Zwei ranghohe Beamte der Londoner Polizei treten zurück. Der britische Premierminister David Cameron gerät unter massiven politischen Druck. Er hatte den ehemaligen Chefredakteur von *News of the World*, Andy Coulson, als Pressesprecher beschäftigt. Rupert Murdoch selbst weist bei einer Anhörung vor dem britischen Unterhaus jede Mitverantwortung von sich. Sein Boulevardblatt *News of the World*, nach eigenen Angaben „The World’s Greatest Newspaper“¹, ist zum Zeitpunkt der Anhörung bereits Geschichte: Am 10. Juli erscheint die Gazette zum letzten Mal. Mehrere hundert Mitarbeiter verlieren ihren Job.

Nichts hat die Medienbranche in diesem Jahr stärker aufgewühlt als „Hackgate“. Für die britische Öffentlichkeit war der Skandal ein Schock. Zwar ist der Boulevardjournalismus im Königreich für seinen unersättlichen Hunger nach „Sex, Crime and Scandals“ von jeher berüchtigt. Die schmutzigen Methoden der in die Affäre verwickelten Skandalreporter aber stellen selbst die schlimmsten Befürchtungen in den Schatten: Noch weniger „journalistische Ethik“ geht nicht.

Rasch griff die Empörung auf die USA über. In seiner Wahlheimat besitzt Rupert Murdoch das renommierte *Wall Street Journal* und das Boulevardblatt *New York Post*. Daneben gehört der US-Fernsehsender *Fox* zum Murdoch-Konzern. Noch im Juli soll das FBI Ermittlungen aufgenommen haben. Nach Medienberichten gehe die US-Bundespolizei der Frage nach, ob Mitarbeiter von News Corp die Telefone

Die schmutzigen Methoden der Skandalreporter stellen die schlimmsten Befürchtungen in den Schatten: Noch weniger „journalistische Ethik“ geht nicht.

1 | Vgl. *News of the World*, <http://newsoftheworld.co.uk> [19.10.2011].

von Opfern der Terroranschläge vom 11. September 2001 angezapft haben könnten.

Die deutsche Sprache scheint angelsächsischen Autoren in solchen Ausnahmesituationen die passenderen Begriffe zu liefern: Die „Schadenfreude“ sei so dick, dass man sie nicht einmal mit der Kettensäge zerschneiden könne, schreibt *Reuters* in einem Bericht über die Reaktionen der Konkurrenzmedien.² Für den australischen Medienmogul habe die „Murdochdämmerung“ eingesetzt, versichert der *Economist*.³ Allerdings wird sich der Sonnenuntergang trotz des Abhörskandals ein Weilchen hinziehen.

Jedenfalls wollen die Aktienhändler noch keinen Abgang auf den 80-jährigen Konzernchef anstimmen. Dagegen sprechen die im August veröffentlichten Umsatzzahlen. Im Vergleich zum Vorjahr konnte News Corp seine Einnahmen demnach um zwölf Prozent auf insgesamt fast fünf Milliarden US-Dollar steigern. *News of the World* mag zwar für das Image des Unternehmens eine Katastrophe gewesen sein; für das Geschäftsergebnis aber spielt „Hackgate“ zumindest unmittelbar praktisch keine Rolle. Rupert Murdoch verdient das meiste Geld längst mit seinen Fernsehsendern in den USA und in Großbritannien. Das ehemalige Skandalblatt war im Vergleich dazu ein kleiner Einnahmeposten.

News of the World mag zwar für das Image des Unternehmens News Corp eine Katastrophe gewesen sein, für das Geschäftsergebnis aber spielt die Affäre praktisch keine Rolle.

ÜBERTRIEBENE HOFFNUNGEN UND ÜBERSCHÄTZTE ALTERNATIVEN

Damit behält die Affäre ihren bitteren Beigeschmack. Offenbar können einem über mehrere Kontinente und mehrere Mediengattungen hinweg verflochtenen Unternehmensimperium wie der News Corporation selbst die übelsten Machenschaften zumindest ökonomisch nichts anhaben. Was also hat „Hackgate“ gebracht außer einigen Rücktritten aus der zweiten Reihe und mehreren hundert

2 | Vgl. Mark Hosenball und Kate Holton, „Special report: Rupert Murdoch, a hands-on newspaperman“, *Reuters*, 19.07.2011, <http://reuters.com/article/2011/07/19/us-newscorp-murdoch-papers-idUSTRE7611IT20110719> [14.10.2011].

3 | *The Economist*, „Last of the moguls“, 21.07.2011, <http://economist.com/node/18988526> [14.10.2011].

arbeitslosen Journalisten, von denen überdies nicht einmal alle in die Abhöraffaire verwickelt gewesen sein dürften? Welche Lehren können für die Presse und die Medien insgesamt aus dem Skandal gezogen werden?

Die Optimisten hoffen auf strengere Regeln gegen die fortschreitende Medienkonzentration. „Für diejenigen von uns, die vor den Gefahren von zu viel Medienmacht in zu wenigen Unternehmerhänden immer gewarnt haben, kam dieser Skandal wie ein Geschenk Gottes“, frohlockt etwa Jeff Cohen, Gründer und Leiter des Park Center for Independent Media. Sein Kollege Craig Aaron von *Free Press* sekundiert mit der Forderung, sich jetzt „mit dem beträchtlichen Schaden“ auseinanderzusetzen, „den das Murdoch-Imperium unserem Mediensystem während der vergangenen Jahrzehnte zugefügt hat“.⁴

News Corp hat sein Übernahmeangebot für den britischen Fernsehsender BSkyB nach Bekanntwerden des Skandals auf massiven politischen Druck zurückgezogen.

Viele bewerten in diese Richtung bereits als einen Erfolg, dass News Corp sein Übernahmeangebot für den britischen Fernsehsender *BSkyB* nach Bekanntwerden des

Skandals auf massiven politischen Druck zurückgezogen hat. Andererseits hält News Corp bereits knapp 40 Prozent der Unternehmensanteile. James Murdoch, der Sohn und wahrscheinliche Nachfolger des „Teflon-Moguls“, wurde erst Ende Juli vom Verwaltungsrat einstimmig als Chef von *BSkyB* bestätigt. Die Zerschlagung eines Medienimperiums sieht anders aus.

Blogger und Onlinevisionäre, darunter Ariana Huffington, sehen mit der Abhöraffaire beinahe das Ende aller klassischen Medien gekommen oder betrachten jedenfalls das Internet als den eigentlichen Aufklärer des Geschehens. „Es waren“, so Huffington, „die neuen Medien, die eine große Rolle dabei gespielt haben, die *News of the World* so

4 | Brian Stelter, „Scandal Stirs U.S. Debate on Big Media“, *The New York Times*, 19.07.2011, <http://nytimes.com/2011/07/20/business/media/murdoch-scandal-stirs-us-debate-on-big-media.html> [19.10.2011].

schnell zu Fall zu bringen.“⁵ Huffington meint damit einerseits die Microblogging-Plattform Twitter. Daneben spricht sie indirekt Mumsnet.com besondere Verdienste zu. Die populäre britische Internetseite „von Eltern für Eltern“ hatte in Onlineforen und per Twitter spontan Protestaktionen gegen *News of the World* organisiert. Erst Mumsnet.com habe die Abhöraffaire rund um die Boulevardzeitung „zu einem Politikum“ gemacht, meint auch William Dutton, Leiter des Oxford Internet Institute. „Gerüchte über Einbrüche in private Anrufbeantworter gab es seit Jahren, aber niemand hat die Sache ernsthaft untersucht.“⁶ Peter Apps von *Reuters* schlussfolgert: „Die Verbreitung des Internet und insbesondere der sozialen Medien revolutionieren die Strukturen dafür, wer Informationen kontrolliert – und deshalb bis zu einem gewissen Grade die Strukturen der Macht.“⁷

Wer wollte dieser These angesichts der Vorgänge im Nahen und Mittleren Osten ernsthaft widersprechen! Dabei wird leicht verkannt, dass nicht Blogger oder virtuelle Freunde den Anstoß für das „Politikum“ gaben, sondern die britische Tageszeitung *The Guardian*. Sie war es, die nach monatelangen Recherchen am 4. Juli den ersten Onlinebericht über das Abhören der Mailbox von Milly Dowler veröffentlichte. Erst danach brach im Internet ein Sturm der Entrüstung los.

Für aufmerksame Zeitungsleser muss das Anzapfen von Mailboxen durch die *News of the World* überdies schon viel früher mehr gewesen sein als ein „Gerücht“. Bereits 2009 war ein Reporter des Blattes verhaftet worden, weil er einen Privatdetektiv damit beauftragt hatte, die Mobiltelefone der königlichen Familie abzuhören. Schon damals, im Juli 2009, hatte erneut *The Guardian* nachweisen können, dass es sich hierbei weder um einen Einzelfall noch um einen Einzeltäter handelte. Damals blieben Protestaktionen gegen die *News of the World* allerdings aus.

5 | Noah Davis, „Arianna Huffington Claims New Media Brought Down Rupert Murdoch“, *Business Insider*, 18.07.2011, <http://www.businessinsider.com/arianna-huffington-rupert-murdoch-new-media-2011-7> [19.10.2011].

6 | Vgl. *Der Spiegel*, 31/2011, Ausgabe vom 01.08.2011.

7 | Peter Apps, „Analysis: Press barons lose information monopoly in Twitter era“, *Reuters*, 14.07.2011, <http://www.reuters.com/assets/print?aid=USTRE76D5CA20110714> [14.10.2011].

Twitter, Facebook & Co. werden von den Redaktionen inzwischen auch selbst eingesetzt. The Guardian gehört zu den Pionieren der neuen Medienkonvergenz.

Fest steht, dass gerade Twitter oftmals schneller reagiert als die klassischen Medien. So kursierten die ersten Hinweise zum Tod von Osama bin Laden zunächst auf Twitter, bevor dann die Nachrichtenagenturen und die restlichen Medien berichteten. Insgesamt greifen die Microblogs und die virtuellen Netzwerke aber vor allem das auf, was Presse und Rundfunk, so wie zuletzt in Großbritannien, vorab bereits veröffentlicht haben. Außerdem werden Twitter, Facebook & Co. von den Redaktionen inzwischen auch selbst eingesetzt. Die britische Tageszeitung *The Guardian* gehört zu den Pionieren der neuen Medienkonvergenz.

Hoffnungen auf mehr Medienpluralismus und weniger Konzentration im Medienbereich sind nach der „Hackgate“-Affäre vielleicht nicht unbegründet, so aber doch mit Vorsicht zu genießen. Gerade in Transformationsländern steht das Thema ganz oben auf der Agenda. Beispielsweise wird das Fernsehen in Indonesien von vier großen Holdinggesellschaften (Emtek, MNC, Transcorp, Viva) dominiert. Sie teilen sich etwas mehr als ein Dutzend Kanäle. Zwar sollte das Rundfunkgesetz von 2002 dezentrale Strukturen garantieren und hatte die indonesische Regierung eine Art „föderales“ System mit unabhängigen TV-Sendern in den einzelnen Landesteilen vorgesehen; die Umsetzung aber ist am Widerstand der großen Unternehmensgruppen gescheitert. Stattdessen haben die Konzerne das vergangene Jahrzehnt dafür genutzt, die lokalen Sender nach und nach aufzukaufen. Im April wurde bekannt, dass Emtek jetzt auch Indosiar vereinnahmen möchte, was nach Auffassung der indonesischen Rundfunkkommission gegen das Gesetz verstieße, nach Ansicht des Aufsichtsrats für die Entwicklung am Kapitalmarkt (Bapepam) hingegen kein Problem bedeutete. Das Aufsichtsgremium hat das letzte Wort bei geplanten Fusionen und Akquisitionen, weshalb Emtek sein Vorhaben wohl umsetzen dürfte, wenn sich das indonesische Ministerium für Information und Kommunikation nicht noch deutlich auf die Seite der Rundfunkkommission stellt.

Bei einer von der Deutschen Botschaft und vom Internationalen Institut für Journalismus (IIJ) der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ausgerichteten

Medienveranstaltung in Jakarta wies Meidyatama Suryodiningrat, Chefredakteur der *Jakarta Post*, Mitte September zwar auf die mit den Konglomeraten verbundenen Gefahren hin, wirksame Regelungen dagegen erwartet er für Indonesien aber frühestens in zehn Jahren.

„Hackgate“ mag also weltweit erneut Aufmerksamkeit für das Thema „Medienkonzentration“ geweckt haben; gegen strengere Auflagen aber stehen die ökonomischen Interessen der mächtigen Konzerne. Bedenklich ist in dem Zusammenhang nicht nur in Indonesien, sondern beispielsweise auch in Bangladesch, dass immer mehr Lizenzen für Zeitungen und Rundfunksender an Großunternehmen aus anderen Wirtschaftsbereichen vergeben werden. Die Firmen sparen sich damit gewissermaßen die Öffentlichkeitsarbeit und betreiben stattdessen ihre eigenen Medien. Bisher haben sie versucht, Journalisten mit Geschenken, bezahlten Reisen oder, wie in vielen Ländern Asiens gang und gäbe, mit Briefumschlägen voller Geld günstig zu stimmen. Nun kontrollieren sie die Reporter und Redakteure als Gesellschafter oder Arbeitgeber mit dem monatlichen Gehaltscheck.

Gegen strengere Auflagen stehen die ökonomischen Interessen der mächtigen Konzerne. In Bangladesch werden immer mehr Lizenzen für Zeitungen und Rundfunksender an Großunternehmen aus anderen Wirtschaftsbereichen vergeben.

GENERALABRECHNUNG MIT DEN WESTLICHEN MEDIEN

Für sich genommen, hat „Hackgate“ also weder die Rolle der sozialen Onlinenetzwerke und der Microblogging-Plattformen neu definiert, noch dürfte der Skandal kurzfristig dazu führen, die Oligopole auf den weltweiten Medienmärkten zu zerschlagen. Eines aber ist sicher: „Hackgate“ erschwert den Einsatz für die Pressefreiheit. Die *New York Times* spricht vom „Kollateralschaden“ der Affäre.⁸

Die Abhörpraktiken der *News of the World* sind dafür die Ursache; die größtenteils sicherlich notwendigen oder zumindest verständlichen Reaktionen auf der politischen Bühne lieferten hingegen die Argumente. So war Simbabwe

8 | Vgl. Bill Keller, „Why Tyrants Love the Murdoch Scandal“, *The New York Times*, 24.07.2011, <http://nytimes.com/2011/07/31/magazine/why-tyrants-love-the-murdoch-scandal.html> [14.10.2011].

eines der ersten Länder, das auf David Camerons Ankündigung abhob, wegen „Hackgate“ die Presseaufsicht in Großbritannien grundlegend umbauen zu wollen. Der Hinweis des britischen Premierministers, damit nicht die Pressefreiheit einschränken zu wollen, blieb außen vor. Stattdessen spricht die Zimbabwe Broadcasting Corporation von einer „Lektion für die Dritte Welt“. Mit Verweis auf den „Medienanalysten“ Alexander Rusero nennt der Rundfunksender „das Konzept der freien Medien [...] einen Mythos“. Die Reaktionen der britischen Regierung zeigten, „dass nicht einmal der Westen das praktizieren kann, was er predigt“.⁹

In den asiatischen Ländern ohne oder mit eingeschränkter Pressefreiheit übernahmen die Medien bereitwillig jeden kritischen Kommentar aus den USA oder aus Großbritannien. Alles, was in den westlichen Medien kein gutes Haar an Rupert Murdoch, seiner News Corporation oder an der *News of the World* ließ, wurde mit Verweis auf die ausländische Quelle dankend im eigenen Land abgedruckt.

Das International Press Institute (IPI) reagierte im September anlässlich seines Weltkongresses in Taipeh mit einer „Breaking News“-Diskussion unter der Überschrift „Die Vergiftung des Kampfes um die Pressefreiheit“. In der Programmankündigung versprach die IPI-Chefin Alison Bethel McKenzie, sich weiterhin dafür einzusetzen, „dass Journalisten rund um die Erde wegen einiger schwarzer Schafe nicht bestraft werden“. Gleichzeitig befürchtet das in Wien ansässige Institut, die juristischen Verfahren gegen *News of the World* könnten neue Präzedenzfälle dafür schaffen, „wie Gerichte mit Zeitungen umgehen“. Weltweit falle es Regierungen so unter Umständen leichter, die Medien zu kontrollieren.¹⁰

David Schlesinger hat dieses Szenario praktisch täglich vor Augen. Seit Februar 2011 leitet er die Aktivitäten von *Thomson Reuters* in China. Zu dem Konzern gehört die Nachrichtenagentur *Reuters*. Gleichzeitig sitzt Schlesinger im Direktorium des Committee to Protect Journalists (CPJ).

9 | Vgl. Zimbabwe Broadcasting Company, „Media practitioners warned“, 18.07.2011, <http://www.zbc.co.zw/news-categories/local-news/10497-media-practioners-warned.html> [14.10.2011].

10 | Gesamtveranstaltung siehe International Press Institute, <http://ipiworldecongress.com/2011> [14.10.2011].

Ebenso wie IPI setzt sich die gemeinnützige Organisation mit Sitz in New York für die Pressefreiheit ein. Noch während in England die Wogen besonders hoch schlugen, hielt Schlesinger im Juli an der Sun Yat-sen-Universität im chinesischen Guangzhou einen Vortrag zum Thema „Medien, Murdoch und soziale Verantwortung“. Ohne jede Beschönigung stellte er zunächst heraus, dass die *News of the World* „die Rolle und die Verantwortung der Presse in der Gesellschaft in Misskredit“ gebracht habe. Dann aber betonte Schlesinger die Kontrollfunktion („watch dog“) der Medien bei der Aufdeckung von „Exzessen, Korruption und Problemen“. Das gelinge nur dann wirkungsvoll, wenn sich Presse und Rundfunk selbst regulieren und dies nicht eben jene Organisationen übernehmen, die von den Medien zur Rechenschaft gezogen werden.¹¹

Der Hinweis betraf natürlich die spontanen Reaktionen der britischen Regierung auf die Abhöraffaire im eigenen Land. Aber wo sonst wäre Schlesingers Forderung nach Selbstregulierung zugleich besser aufgehoben gewesen als in China. Kein anderes Land in Asien und kaum ein anderes Land weltweit wird wegen seiner Medienszensur häufiger und schärfer kritisiert als das „Reich der Mitte“. Niemanden durfte deshalb verwundern, dass ausländische Kommentare zu „Hackgate“ mit Kusshand genommen, übersetzt und flächendeckend veröffentlicht wurden. Anders als die kontrollierten Medienlandschaften in der asiatischen Nachbarschaft, darunter Vietnam, Myanmar und Laos, ging China aber noch weiter: Wo Journalisten sonst eher davon abgehalten werden, über „sensible“ Themen zu berichten, wurden sie jetzt sogar offiziell dazu ermutigt, die Affäre auch selbst ausgiebig zu bearbeiten.¹²

Kein anderes Land in Asien wird wegen seiner Medienszensur häufiger kritisiert als China. Hier wurden ausländische Kommentare zu „Hackgate“ mit Kusshand genommen.

11 | Vgl. David Schlesinger, „Media, Murdoch and Social Responsibility“, Rede im Juli 2011, http://cpj.org/blog/Schlesinger%20Caixin%20speech%20July%202011%20v2%20_2_.pdf [14.10.2011].

12 | „Over all my years in the business, the internal instructions have always been ‘you are not allowed to report on such and such’ or ‘we have to toe the line on such-and-such.’ But this is the first time that we’ve received an advisory saying we can report more extensively, more freely. We’re totally overwhelmed with gratitude, and we don’t know what to do now!“. Ji Ye, leitender Mitarbeiter bei *Phoenix Television*, zitiert nach: <http://chinadigitaltimes.net/china/media-control> [14.10.2011].

Als „heuchlerisch“ schneiden in einem Kommentar die „so genannten Konzepte von Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechten“ ab, „mit denen sie lange geprahlt haben“.

So mancher Kommentar und so manches Zitat lesen sich dabei wie eine Generalabrechnung aus den Zeiten der Kulturrevolution: „Die kürzliche Enthüllung der abscheulichen Eskapaden der News Corps decken die heuchlerischen juristischen und moralischen Probleme der westlichen Medien auf“, schreibt etwa Ende Juli die staatliche Nachrichtenagentur *Xinhua* in einem englischsprachigen Onlinebeitrag.¹³ Als „heuchlerisch“ schneiden

in einem anderen Kommentar die „so genannten Konzepte von Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechten“ ab, „mit denen sie lange geprahlt haben“. Stattdessen gehe es den „westlichen Medien“ letztlich darum, „ihre kommerziellen Erträge zu maximieren“.¹⁴ Chen Xun, Professor an der Journalismusschule der Renmin-Universität, wird – ohne Anführungszeichen, aber im Indikativ – mit der Äußerung zitiert: „Unter der Decke der ‚Medienfreiheit‘ fordern sie [Anm. des Verf.: die westlichen Medien] mutwillig die Privatsphäre der Öffentlichkeit heraus, was ein direktes Beispiel für die Verletzung der Menschenrechte ist.“¹⁵

Daneben kursieren in der Volksrepublik Einschätzungen und Kommentare, die zumindest auszugsweise ebenso gut in einem deutschen, britischen oder US-amerikanischen Periodikum hätten stehen können: „Wenn bewiesen, hätten die britischen Zeitungen [Anm. des Verf.: neben *News of the World* die ebenfalls in die Kritik geratenen Blätter *The Sunday Times* und *The Sun*] und die in den Skandal verwickelten Medienmitarbeiter nicht nur das Gesetz gebrochen, sondern sie hätten auch universell anerkannte medienethische Standards ernsthaft verletzt“, analysiert Mitte Juli beispielsweise *China Daily*.¹⁶ Das Magazin *Century*

13 | *Xinhua*, „Phone-hacking exposes Western media’s hypocritical, legal, moral problems“, 29.07.2011, http://news.xinhuanet.com/english2010/indepth/2011-07/29/c_131016601.htm [14.10.2011].

14 | Mo Hong’e et al., „Commentary: What has UK phone-hacking scandal exposed?“, *Xinhua*, 20.07.2011, http://news.xinhuanet.com/english2010/indepth/2011-07/20/c_13997780.htm [24.10.2011].

15 | Lu Hui, „Commentary: What has the UK phone-hacking scandal exposed“, *Xinhua*, 20.07.2011, http://news.xinhuanet.com/english2010/indepth/2011-07/20/c_13997780_2.htm [24.10.2011].

16 | *China Daily*, „Western media morals“, 13.07.2011, http://chinadaily.com.cn/cndy/2011-07/13/content_12889063.htm [19.10.2011].

Weekly resümiert in einem auf *Caixin Online* erschienenen Editorial: „Im Kern geht es nur darum, ob das Gesetz gebrochen wurde. Punkt. Es wäre falsch vorzuschlagen, dass infolge des Skandals die Pressefreiheit eingeschränkt werden sollte. Ebenso wenig ist eine strengere Regulierung in Ordnung.“¹⁷

DIE „FÜNFTE GEWALT“ IM NETZ

Chinas verbale Rundumschläge gegen „die westlichen Medien“ einerseits und die gleichzeitige Kritik an den jetzt auch in Großbritannien und den USA laut gewordenen Forderungen nach mehr Medienaufsicht offenbaren auf den ersten Blick einen Widerspruch. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich dieser jedoch als Entwicklungsprozess mit zahlreichen Hürden. Daran haben soziale Onlinenetzwerke, Microblogging-Plattformen und internetfähige „Smartphones“ einen erheblichen Anteil, nicht nur in China, sondern beispielsweise auch in Malaysia oder Singapur.

Für die freien oder weitgehend freien Medienlandschaften in Europa, Nordamerika oder Lateinamerika, daneben in Asien für Länder wie die Philippinen oder Indonesien mag die Idee von einer „Fünften Gewalt“ (William Dutton), zu der sich Twitter, Facebook & Co. in Abgrenzung zu den traditionellen Medien formieren, überzeichnet sein. Denn letztlich, das hat „Hackgate“ gezeigt, finden auch „sensible“ Themen bei einem pluralistischen Medienangebot auf allen Verbreitungswegen ihr Publikum. In stark regulierten oder gar zensierten Medienmärkten aber testen die Blogger, Twitterer und „virtuellen Freunde“ kontinuierlich die Grenzen der Freiheit aus. Damit setzen sie nicht nur die Politik, sondern auch die traditionellen Medien inzwischen erheblich unter Druck.

So kommt Kelly Choo von Brandtology für die kürzlichen Wahlen in Singapur zum Ergebnis, dass die „Onlinemedien auf jeden Fall die Spielregeln verändert [haben]“, weil sie „die Demokratisierung aller Stimmen erlaubt“ hätten. Premierminister Lee Hsien Loong konstatierte auch aufgrund des Einflusses der sozialen Medien im Internet

17 | Century Weekly, „Press Independence and Beating Back Hackers“, 29.07.2011, <http://english.caixing.cn/2011-07-29/100285359.html> [19.10.2011].

eine „deutliche Verschiebung in unserer [Anm. des Verf.: Singapurs] politischen Landschaft“. ¹⁸

Auf seiner Facebook-Seite rechtfertigte Malaysias stellvertretender Polizeichef Khalid Abu Bakar den massiven Polizeieinsatz gegen die Teilnehmer der „Bersih 2.0“-Demonstration Anfang Juli damit, auf diese Weise einen „Albtraum“ verhindert zu haben, wie ihn Großbritannien im Sommer mit den dortigen Unruhen erlebt hätte. Im Internet, für das in Malaysia im Gegensatz zu den traditionellen Medien große Freiheiten bestehen, musste sich Abu Bakar daraufhin heftige Kritik gefallen lassen, darunter den Vorwurf, er habe den Unterschied zwischen einer friedlichen Großkundgebung und gewalttätigen Ausschreitungen nicht verstanden. ¹⁹ Premierminister Najib Razak hatte sich bereits zuvor vom Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten distanziert.

60 bis 70 Prozent der Studenten, die sich an der Shanghai International Studies University zu Journalisten ausbilden lassen, sind der Meinung, dass die Pressefreiheit in der Volksrepublik verbessert werden muss.

Wohl nirgendwo treten die mit der Verbreitung der Onlinemedien verbundenen Konflikte derzeit aber stärker zutage als in China. Immerhin 60 bis 70 Prozent der Studenten, die sich an der renommierten Shanghai

International Studies University (SISU) zu Journalisten ausbilden lassen, sind der Meinung, dass die Pressefreiheit in der Volksrepublik verbessert werden muss. Das ergab eine Umfrage, die Professor Guo Ke, Leiter des Center for Global Public Opinion of China an der SISU, im August auf einer Medienkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Beijing vorstellte. Gleichzeitig äußerten sich mehr als 70 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass „Pressefreiheit“ ein relativer Begriff sei und keine absolute Größe.

Zunächst könnte man vermuten, dass die Studenten mit dieser Einschränkung eine Art „chinesische Pressefreiheit“ in Abgrenzung zu US-amerikanischen oder europäischen Vorstellungen befürworten. Das scheint aber nicht oder

18 | *Asiaone News*, „Social media shake up Singapore political terrain“, 12.05.2011, <http://www.asiaone.com/News/AsiaOne+News/Singapore/Story/A1Story20110512-278449.html> [19.10.2011].

19 | Vgl. *Harakah Daily*, „Rally and riot, which part did you misunderstand?“, 12.08.2011, <http://en.harakahdaily.net/index.php/headline/3327-rally-and-riot-which-part-did-you-misunderstand.html> [19.10.2011].

jedenfalls nicht durchgängig der Fall zu sein. Denn nur zehn bis 20 Prozent der Befragten stimmten der These zu, „Pressefreiheit ist ein westliches Konzept, von dem wir lernen können“. Und nur 30 bis 40 Prozent der Studenten gaben an, dass sich die Pressefreiheit in China nach den dortigen Gegebenheiten und Bedingungen richten müsse.

Bei seiner Umfrage unterschied Professor Guo zwischen den Studenten des chinesischen und des internationalen Zweigs der Journalistenausbildung. Ein Merkmal des internationalen Zweigs sind Kurse in englischer Sprache. Auch arbeiten die Studenten dort mit Dozenten aus dem Ausland, allen voran aus den USA. Das Ziel war festzustellen, ob die jeweilige Ausrichtung des Studiums unterschiedliche Meinungen zum Thema „Pressefreiheit“ prägt.

Tatsächlich bestehen Abweichungen. Die Zahl der Studenten, die sich für China eine Verbesserung der Pressefreiheit wünschen, liegt im internationalen Zweig etwas höher als bei den Kommilitonen im chinesischsprachigen Ausbildungsgang. Von der zuletzt genannten Gruppe haben sich umgekehrt etwas mehr Teilnehmer dafür ausgesprochen, die Entwicklung der Pressefreiheit von den Gegebenheiten und Bedingungen in China abhängig zu machen.

Vergleichbare Unterschiede bestehen auch bei der Frage nach der Rolle der Medien. Traditionell listet die Journalistenausbildung in China dafür drei Eigenschaften auf: Medien sollen kommunikativ sein, bilden bzw. informieren und unterhalten. Dass die Medien daneben auch „unabhängig“ sein sollen, gehört nicht zum herkömmlichen Rollenverständnis. Auch dazu sollten sich die Studenten in Shanghai aber äußern. Mit interessanten Ergebnissen.

Die Journalistenausbildung in China listet für die Medien drei Eigenschaften auf: Sie sollen kommunikativ sein, bilden und unterhalten. Dass sie auch „unabhängig“ sein sollen, gehört nicht zum herkömmlichen Rollenverständnis.

Ungefähr 90 Prozent der Befragten waren der Meinung, die Medien sollten kommunikativ sein. Damit ist beispielsweise die Interaktion mit Hörern, Lesern und Zuschauern gemeint. Ungefähr 70 Prozent der Studenten waren der Meinung, die Medien sollten bilden bzw. informieren. Das Attribut „unterhaltsam“ bejahten zwischen 40 und 50 Prozent. „Unabhängigkeit“ bewerteten stattliche 82 Prozent der Studenten des internationalen und immerhin

74 Prozent der Befragten im chinesischsprachigen Ausbildungszweigs als Erfordernis für die Medienarbeit.

Zwar scheint das Thema „Pressefreiheit“ den Studenten des internationalen Zweigs mithin wichtiger zu sein als den Kommilitonen, die sich für die Arbeit in chinesischsprachigen Medien ausbilden lassen. Von deutlichen Unterschieden kann aber keine Rede sein; die Abweichungen betragen jeweils weniger als zehn Prozent. Und auch für die Studenten des chinesischsprachigen Zweigs firmiert der Aspekt der Unabhängigkeit gleich hinter dem Merkmal „kommunikativ“ an zweiter Stelle.

INTERAKTION ALS VENTIL IM ALLTAG

Der deutliche Zuspruch, den die „Pressefreiheit“ nach den Umfrageergebnissen findet, ist für Guo Ke fast noch weniger bedeutsam als die geringen Unterschiede im Meinungsbild. Dass sich auch im chinesischsprachigen Ausbildungsgang eine Mehrheit für die Verbesserung der Pressefreiheit ausgesprochen hat, bewertet der Professor als ein „Dilemma“. Einerseits müssen die Studenten an den 360 Journalistenschulen (2009) in China noch immer Pflichtkurse zum Thema „Marxismus“ belegen, schon weil dafür mehr Geld aus den staatlichen Ausbildungstöpfen zur Verfügung steht; andererseits sind die Lehrinhalte für angehende Journalisten inzwischen bis in die Details nach den einschlägigen US-amerikanischen Studiengängen ausgerichtet. „Für Chinesen ist es noch immer ungewohnt, einen offenen Diskurs zu führen oder zu argumentieren.“ Dann aber wiederum, sagt Guo Ke, „motivieren wir unsere Studenten, ihre Gedanken frei zu äußern und mitzudiskutieren“. Das hat Folgen.

Beijing konnte nicht verhindern, dass sich Chinas Internetgemeinde mit derzeit 485 Millionen Mitgliedern empört über die Kollision zweier Hochgeschwindigkeitszüge ausließ.

Obwohl die Führung in Beijing ab Februar nach Ausbruch der „Jasmin-Revolution“ in Tunesien und im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 90. Geburtstag der Kommunistischen

Partei Anfang Juli wieder kräftig an den Kontrollschrauben gedreht hatte, konnte sie nicht verhindern, dass sich Chinas Internetgemeinde mit derzeit 485 Millionen Mitgliedern in zahllosen Microblogs empört über die Kollision zweier Hochgeschwindigkeitszüge ausließ. Der Unfall Ende Juli forderte 40 Tote und mehr als 200 Verletzte.

Den Grund für die Empörung bot der Sprecher des Eisenbahnministeriums, den Aufhänger lieferten – wie auch in Großbritannien bei der „Hackgate“-Affäre – zunächst die traditionellen Medien. Sie hatten den Ministeriumssprecher bei einer Pressekonferenz auf Fehler bei den Rettungsarbeiten angesprochen. Die unglaubliche Antwort versah der Eisenbahner dann mit dem Hinweis, „ob ihr mir das jetzt glaubt oder nicht, ich glaube es“.²⁰ Der Satz machte per Kurzmitteilung im Internet anschließend blitzschnell die Runde. Der Sprecher musste seinen Hut nehmen.

Erfolgos blieben Mitte August auch die Versuche, Proteste in der Stadt Dalian per Zensur zu verhindern oder zumindest stark zu begrenzen. Der Grund des Anstoßes war für die Bürger hier der Betrieb einer Chemiefabrik innerhalb der Stadtgrenzen. Kurzmitteilungen über die Kundgebung und sogar der Name „Dalian“ waren im Internet zeitweise blockiert. Am Ende kamen trotzdem mehr als zehntausend Menschen. Für die Fabrik muss jetzt ein anderer Platz gefunden werden.

Die Beispiele geben Zhang Ming recht. Der Politikwissenschaftler an der Renmin-Universität spricht von einem China der Vergangenheit und einem China der Gegenwart, die Seite an Seite existieren und nach ihrer jeweils eigenen Logik funktionieren. „Die Vertreter der Regierung in China sind“, schreibt der aktive Blogger Anfang August in der Tageszeitung *Southern Metropolis Daily*, „mit wenig Vorbereitung über Nacht in ein Zeitalter der explosiven Information und heftigen Kommunikation gepresst worden. Aber die Ideen in ihren Köpfen stecken noch immer in der Vergangenheit. Sie finden es unmöglich, sich aufgrund der öffentlichen Meinung nicht panisch, wütend, ratlos oder sogar ungerecht behandelt zu fühlen.“²¹

Die Einschätzung ließe sich ohne Weiteres auf zahlreiche andere Länder und Regierungsvertreter in Asien übertragen. Sie werden die „News of the World“-Affäre nach Kräften dazu nutzen, kritische Journalisten künftig „noch besser zu regulieren“. Und westlichen Medienvertretern

20 | Vgl. *China Daily*, 17.08.2011.

21 | Zhang Ming, „Trust in China's new media era“, China Media Project, 09.08.2011, veröffentlicht in *Southern Metropolis Daily* am 08.08.2011, <http://cmp.hku.hk/2011/08/09/14670> [19.10.2011].

werden sie noch lange und pauschal „Scheinheiligkeit“ vorhalten. Damit werden sie in ihren Ländern dennoch nicht verhindern können, dass auch abweichende Meinungen in Umlauf kommen und Zuspruch finden. Oder, wie es kürzlich während einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Redakteurin der chinesischen Tageszeitung *People's Daily* formulierte: „Das Leben ist hier so schwierig geworden, die Menschen würden durchdrehen, wenn sie kein Ventil hätten und sich nicht in den Microblogs äußern könnten.“

Der Artikel wurde am 15. September 2011 abgeschlossen.